

zu TOP 6.1

**Stadt Braunschweig**  
Der Oberbürgermeister

**20-13653**  
**Mitteilung außerhalb von Sitzungen**  
öffentlich

Betreff:

**Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021;  
Darstellung von Varianten**

Organisationseinheit:

Dezernat I  
0103 Referat Bezirksgeschäftsstellen

Datum:

08.07.2020

Beratungsfolge

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

Status

**Sachverhalt:**

Die Einteilung des Stadtgebietes Braunschweig in derzeit 19 Stadtbezirke ist in der Hauptsatzung vom 8. November 2011 in der Fassung der Fünften Änderungssatzung vom 25. Juni 2019 festgeschrieben.

Im Zuge des laufenden Prozesses der Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung (Ratsbeschluss zur nachhaltigen strategischen Haushaltssteuerung vom 18. Dezember 2018) hat die mit der Erarbeitung von Vorschlägen beauftragte Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) unter anderem vorgeschlagen, die Zahl der Stadtbezirke/Stadtbezirksräte von derzeit 19 auf 8 zu reduzieren (siehe auch Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Rat der Stadt vom 26. März 2020, Ds 20-13128). In der zwischenzeitlich angelaufenen Diskussion auch in den Gremien der im Rat der Stadt vertretenen Parteien wird alternativ dazu die Variante diskutiert, die Zahl der künftigen Stadtbezirke auf 12 festzulegen. In einer zunehmenden Zahl von Stadtbezirksräten können Mandate nach dem Ausscheiden von bisherigen stimmberechtigten Mitgliedern nicht nachbesetzt werden, weil Nachrücker\*innen fehlen. Von 245 Stadtbezirksratsmandaten sind derzeit 12 unbesetzt, wobei mittlerweile auch Parteien mit einer größeren Zahl an Mandaten betroffen sind. Auch dieser Umstand führt auf politischer Ebene zu Überlegungen, durch einen Neuzuschnitt der Stadtbezirke die Ausgangslage in Bezug auf die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu verbessern.

Rechtliche Würdigung:

Einer möglichen Reduzierung von Stadtbezirken muss demnach eine Änderung der Hauptsatzung vorangehen. Gem. § 90 Abs. 4 NKomVG können Änderungen der Stadtbezirksgrenzen, mithin auch die Reduzierung von Stadtbezirken, nur zum Ende einer Wahlperiode vorgenommen werden. Hierfür erforderliche Beschlüsse und daraus folgend die Abgrenzung der Wahlbereiche für die Wahl des Rates sollten bis zum Ende des Jahres 2020 vorliegen, um eine geordnete Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gewährleisten zu können.

Die Entscheidung, Stadtbezirke einzurichten und bestehende Grenzen zu ändern, trifft der Rat der Stadt, in dem er über die Änderung der Hauptsatzung entscheidet. Für einen Beschluss über die Änderung der Hauptsatzung ist die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Rates erforderlich (§ 12 Abs. 2 NKomVG). In diesem Verfahren haben die betroffenen Stadtbezirksräte bei einer Änderung ihrer Grenzen ein gesetzlich vorgesehenes Anhörungsrecht (§ 94 Abs. 1 Nr. 6 NKomVG).

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion über den KGSt-Vorschlag einer möglichen Reduzierung der Stadtbezirke sind formale Fragen aufgeworfen worden:



- Ob aus den im Zuge der Eingliederung der ehemals selbstständigen Gemeinden in die Stadt Braunschweig im Jahr 1974 abgeschlossenen Gebietsänderungsverträge folgen würde, dass eine Änderung der Grenzen dieser Stadtbezirke nur im Einvernehmen bzw. mit Zustimmung der heute bestehenden Stadtbezirksräte erfolgen könne.
- Ob ein Beschluss des Rates über die Änderung der Grenzen der Stadtbezirke einer 2/3-Mehrheit im Rat bedürfe (vg. § 90 Abs. 3 NKomVG).

Nach der Rechtsauffassung der Verwaltung sind beide Fragen mit „nein“ zu beantworten.

Die Notwendigkeit eines Einvernehmens bzw. eine Zustimmungspflicht der betroffenen Stadtbezirksräte besteht auch unter Berücksichtigung der Gebietsänderungsverträge aus dem Jahre 1974 nicht. Maßgeblich hierfür ist der Umstand, dass der Nds. Gesetzgeber im Jahre 1980 in der Nds. Gemeindeordnung verbindlich festgelegt hat, dass Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern (Hannover und Braunschweig) mit Beginn der Wahlperiode 1981 - 1986 das gesamte Stadtgebiet in Stadtbezirke einzuteilen haben. Da die Ortschaften daneben nicht mehr bestehen konnten, sind diese durch gesetzliche Regelung in den Städten Hannover und Braunschweig ausdrücklich aufgehoben worden. Aufgrund dieser gesetzlichen Regelungen sind Bestimmungen in den Gebietsänderungsverträgen aus dem Jahr 1974, die den gesetzlichen Vorgaben widersprechen, gegenstandslos geworden. Dies gilt insbesondere für die Regelungen über die Ortschaften, (Sonder-)Rechte können hieraus heute nicht mehr abgeleitet werden. Dem Gesetz folgend sind in Braunschweig durch Beschluss des Rates im Jahr 1981 zunächst 22 Stadtbezirke gebildet worden. Seitdem gab und gibt es in Braunschweig stets Stadtbezirke und Stadtbezirksräte, deren Aufgaben und Rechte sich ausschließlich aus den jeweils geltenden rechtlichen Bestimmungen ergeben und ergeben.

In der Sache ist noch darauf hinzuweisen, dass alle Gebietsänderungsverträge aus dem Jahre 1974 ebenfalls ein Anhörungsrecht für den Fall einer Änderung der Grenzen der (alten) Ortschaft vorsahen und kein Zustimmungsrecht. Eine inhaltliche Änderung in diesem Punkt ist daher mit der Neugliederung des Stadtgebietes in Stadtbezirke nicht verbunden gewesen.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich auch die (negative) Antwort auf die zweite Frage. Für eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt ist heute nach der Bestimmung des § 90 Abs. 3 NKomVG eine 2/3-Mehrheit im Rat nicht erforderlich. Die Norm erfordert diese breitere Mehrheit, falls Vorschriften in der Hauptsatzung über Ortschaften, die u.a. aufgrund von Gebietsänderungsverträgen eingerichtet wurden, geändert oder aufgehoben werden sollen. Wie beschrieben, sind die Ortschaften im Braunschweiger Stadtgebiet vor fast 40 Jahren durch gesetzliche Regelung aufgehoben worden. § 90 Abs. 3 NKomVG ist daher für die Stadt Braunschweig nicht einschlägig, eine Berufung hierauf ist heute nicht mehr möglich. Das folgt auch daraus, dass im o.g. Gesetz von 1980 für die Abgrenzung der neu einzuführenden Stadtbezirke ebenfalls eine 2/3-Mehrheit im Rat verlangt wurde (§ 55 Abs. 3 NGO a.F.). Das Erfordernis der 2/3-Mehrheit für die Änderung von Bezirks- und Ortsgrenzen in der Hauptsatzung ist dann in den neunziger Jahren aus dem Gesetz gestrichen worden, seitdem ist die (absolute) Mehrheit im Rat ausreichend. Es liegt auf der Hand, dass die schließlich im Jahr 2010 in das NKomVG aufgenommene Sonderregelung des § 90 Abs. 3 NKomVG für durch Gebietsänderungsverträge eingerichtete Ortschaften keine Anwendung findet auf Ortschaften, die ca. 3 Jahrzehnte zuvor durch gesetzliche Regelung aufgehoben wurden.

#### Aufteilung des Stadtgebietes in acht Stadtbezirke – Darstellung der Variante 1

Siehe auch anliegende Grafik Nr. 1.

Die Variante mit künftig acht Stadtbezirken impliziert eine grenzgenaue Zuordnung der Stadtbezirke zu den aktuellen Gemeindewahlbereichen und zu den Landtagswahlkreisen. Ein Vorteil dieser Variante besteht in der annähernd ausgewogenen Einwohnerzahl und



daraus resultierend acht Stadtbezirksräte mit durchgehend 19 Mitgliedern. Mit der Berücksichtigung von Gemeindewahlbereichen bei diesem Zuschnitt gehen die geographische Nähe sowie gemeinsam gewachsene Strukturen und Interessen zusammenzulegender Stadtbezirke einher.

Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Blau hinterlegt sind neu konzipierte Stadtbezirke, grün dargestellt sind die beiden Stadtbezirke, die unverändert bleiben würden.

Stadtbezirksrat Nr. aktuell	Bezeichnung	Einwohner/innen 31.12.2019 (eigene städt. Fortschreibung)	Mitglieder Lt. Haupt- satzung	Stadtbezirk neu Einwohner/innen 31.12.2019 (eigene städtische Fortschreibung)	Zahl der Mitglieder Lt. Hauptsatzung
112	Wabe-Schunter- Beberbach	20.268	17		
113	Hondelage	3.754	7	31.111	19
114	Volkmarode	7.089	11		
120	Östliches Ringgebiet	26.620	19	26.620	19
131	Innenstadt	14.339	15		
132	Viewegsgarten- Bebelhof	13.118	15	27.457	19
211	Stöckheim- Leiferde	8.353	11		
212	Heidberg- Milverode	11.466	15	33.118	19
213	Südstadt- Rautheim- Mascherode	13.299	15		
221	Weststadt	23.540	17		
222	Timmerlah- Geitelde- Stiddien	3.596	7	35.794	19
223	Broitzem	5.704	9		
224	Rüningen	2.954	7		
310	Westliches Ringgebiet	35.420	19	35.420	19
321	Lehndorf- Watenbüttel	21.831	17		19
322	Veltenhof- Rühme	5.840	9	33.951	
323	Wenden-Thune- Harxbüttel	6.280	9		
331	Nordstadt	22.598	17	28.080	19
332	Schunteraue	5.482	9		
<b>Summe</b>		<b>251.551</b>	<b>245</b>	<b>251.551</b>	<b>152</b>

#### Aufteilung des Stadtgebietes in zwölf Stadtbezirke- Darstellung der Variante 2

Bereits im Jahr 2010 befand sich ein geänderter Zuschnitt der Stadtbezirksgrenzen in der politischen Diskussion, vorgeschlagen wurde damals die Errichtung von 13 Stadtbezirken. Die jetzt mehrfach, mittlerweile auch öffentlich, kommunizierte zweite Variante bezieht sich auf die Neuordnung des Stadtgebietes in zwölf Stadtbezirke, wobei das Modell aus dem Jahr 2010 weitgehend übernommen würde. Die im 2010-er-Modell unveränderten Grenzen der Stadtbezirke Innenstadt und Viewegsgarten-Bebelhof würden jedoch aufgehoben, die beiden Stadtbezirke würden zu einem zusammengefasst. In der Summe ergäbe sich die in der

Grafik Nr. 2 dargestellte Variante. Auch bei diesem Zuschnitt ist eine grenzgenaue Zuordnung zu den aktuellen Gemeindewahlbereichen und zu den Landtagswahlkreisen gewährleistet.

Diese etwas kleinteiligere Variante würde Stadtbezirke mit Einwohner\*innenzahlen zwischen ca. 11.000 und 28.000 sowie Bezirksräten mit 13 – 19 Mitgliedern entstehen lassen. Für Stadtbezirke wie z.B. Hondelage, Broitzem, Rünigen und Timmerlah-Geitelde-Stiddien, die mit sieben bzw. neun Mitgliedern die derzeit geringste Zahl an Mandaten in ihrem Gremium haben, entstünde hier die Konstellation, dass die Eingliederung in einen vergleichsweise übersichtlichen und meist auch immer noch im wohlverstandenen Sinn dörflich geprägten Bereich vollzogen wird. Den mittlerweile vorgetragenen Argumenten aus dem politischen Raum bezüglich der fehlenden Bürgernähe und entfallender traditioneller Kommunikationskanäle bei einer Zusammenlegung von Stadtbezirken kann damit entgegengetreten werden. Hinzu kommt, dass mit fortschreitender Digitalisierung für die Kommunikation auch in kleineren Quartieren zunehmend neue Medien genutzt werden.

Weitere Angaben können auch hier der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Blau hinterlegt sind wieder neu zugeschnittene Stadtbezirke, grün dargestellt sind Stadtbezirke, die unverändert bleiben würden.

Stadtbezirksrat Nr. aktuell	Bezeichnung	Einwohner*innen 31.12.2019 eigene städt. Fortschreibung	Mitglieder lt. Haupt- satzung *	Stadtbezirk neu 31.12.2019 Einwohner*innen eigene städt. Fortschreibung	Zahl der Mitglieder lt. Hauptsatzung
112	Wabe- Schunter- Beberbach	20.268	17		17
113	Hondelage	3.754	7	10.843	13
114	Volkmarode	7.089	11		
120	Östliches Ringgebiet	26.620	19		19
131	Innenstadt	14.339	15		
132	Viewegsgarten- Bebelhof	13.118	15	27.457	19
211	Stöckheim- Leiferde	8.353	11		
212	Heidberg- Milverode	11.466	15	19.819	17
213	Südstadt- Rautheim- Mascherode	13.299	15		15
221	Weststadt	23.540	17		17
222	Timmerlah- Geitelde- Stiddien	3.596	7	12.254	15
223	Broitzem	5.704	9		
224	Rünigen	2.954	7		
310	Westliches Ringgebiet	35.420	19		19

Stadtbezirksrat Nr. aktuell	Bezeichnung	Einwohner*innen 31.12.2019 eigene städt. Fortschreibung	Mitglieder Lt. Haupt- satzung *	Stadtbezirk neu 31.12.2019 Einwohner*innen eigene städt. Fortschreibung	Zahl der Mitglieder lt. Hauptsatzung
321	Lehndorf- Watenbüttel	21.831	17		17
322	Veltenhof- Rühme	5.840	9		
323	Wenden- Thune- Harxbüttel	6.280	9	12.120	15
331	Nordstadt	22.598	17	28.080	19
332	Schunteraue	5.482	9		
<b>Summe</b>		<b>251.551</b>	<b>245</b>	<b>251.551</b>	<b>202</b>

### 3. Einsparpotenziale

#### a. 8-er-Lösung:

Im Rahmen der Empfehlungen zur Haushaltskonsolidierung hat die KGSt die Reduzierung auf acht Stadtbezirke/Stadtbezirksräte empfohlen und dabei auf Effizienzsteigerungen durch eine Verringerung von Sitzungsterminen, Aufwandsentschädigungen und Mehrarbeitsstunden durch zugelandene Dienstkräfte in den abendlichen Sitzungen hingewiesen. Wesentliche Einsparpotenziale würden sich darüber hinaus im Personalkostenbereich jedoch nur dann ergeben, wenn mit der Neuordnung der Stadtbezirke eine Schließung der extern verorteten vier Bezirksgeschäftsstellen verbunden wäre. In diesen Serviceeinheiten werden vorrangig Leistungen im Pass- und Meldewesen erbracht. Die Stellenleitungen für die vier Geschäftsstellenbereiche Nord, Süd, Ost und West sind hier ebenfalls angesiedelt. Unter der Voraussetzung, dass eine Zentralisierung der Aufgaben des Pass- und Meldewesens im originär zuständigen Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und die Bildung einer auch örtlich zusammengeführten Organisationseinheit für die Bezirksratsbetreuung vollzogen wird, könnten einer summarischen aktualisierten Schätzung zufolge folgende Kosteneinsparungen generiert werden:

265.000 €	Personalkosten
90.000 €	Sachkosten (Mieten für Außenstellen) *
97.000 €	Aufwandsentschädigungen **
7.500 €	entfallenden Mehrarbeitsstunden für Verwaltungspräsenz in Stadtbezirksratssitzungen (Schätzung KGSt)

**459.500 € / Jahr**

\* Die Einsparungen bei den Mieten würden sich in Abhängigkeit der Kündbarkeit der einzelnen Verträge ergeben. Drei der Außenstellen stehen im Eigentum der NiWo, eine ist von einer freien Immobiliengesellschaft angemietet.

\*\* Die Einsparmöglichkeiten bei den Aufwandsentschädigungen wurden auf Basis der geltenden Entschädigungssatzung vom 8. November 2011 und unter Berücksichtigung von Fahrkostenpauschalen sowie der Aufwandsentschädigungszahlungen für Bezirksbürgermeister\*innen ermittelt.

**b. 12-er-Lösung**

160.000 €	Personalkosten
90.000 €	Sachkosten (Mieten für Außenstellen)
50.000 €	Aufwandsentschädigungen
4.500 €	entfallende Mehrarbeitsstunden für Verwaltungspräsenz in Stadtbezirksratssitzungen (angelehnt an Berechnungsmodus KGST für 8 Stadtbezirke)

**304.500 € / Jahr**

Bei den Mietkosten gelten die bei der 8-er-Lösung angebrachten Bemerkungen in  
ungeänderter Höhe ebenfalls.

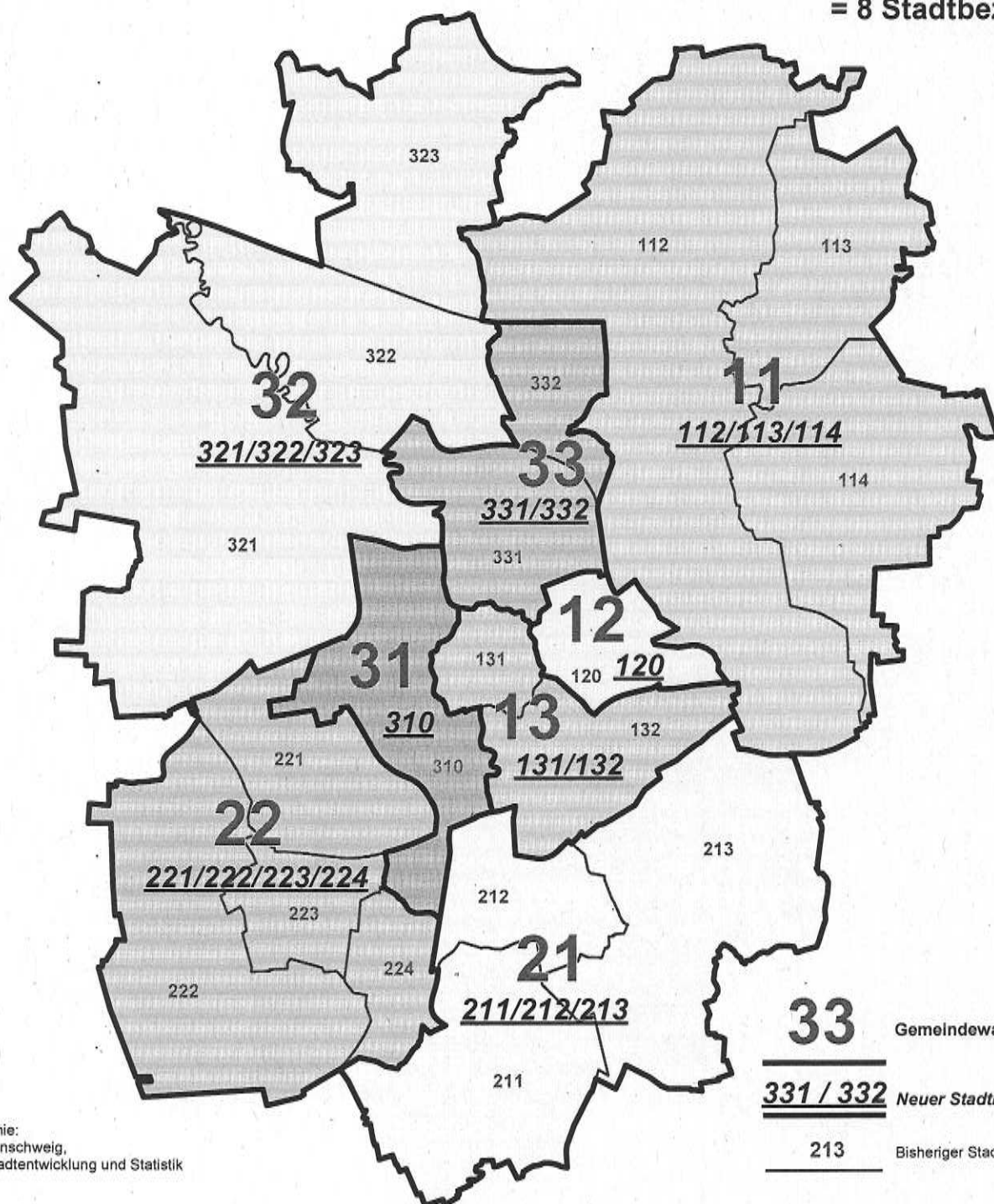
**Markurth**

**Anlage/n:**

Grafik 1	8 Stadtbezirke
Grafik 2	12 Stadtbezirke



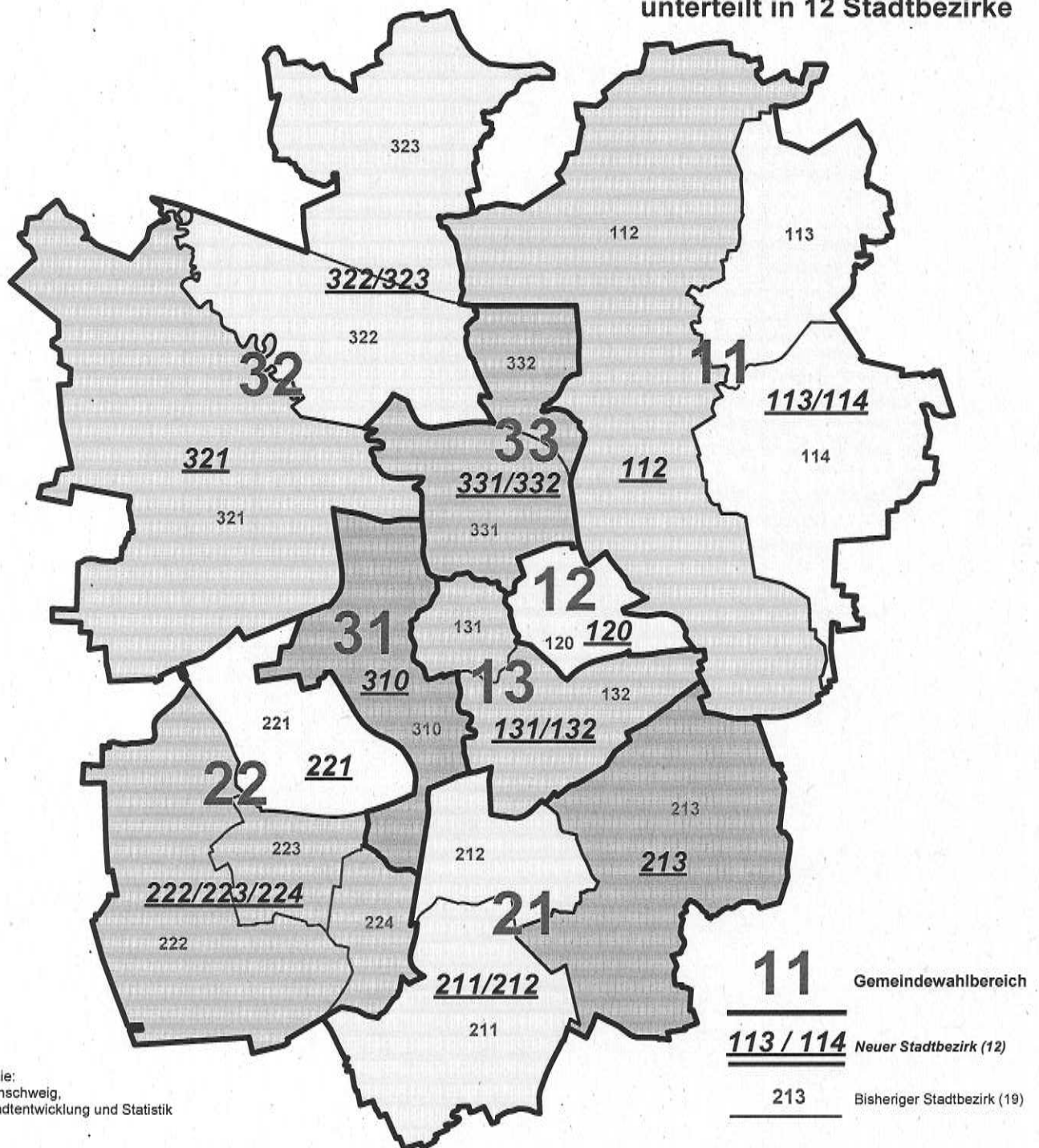
**8 Gemeindewahlbereiche  
= 8 Stadtbezirke**



Kartographie:  
Stadt Braunschweig,  
Referat Stadtentwicklung und Statistik

Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt	Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt	Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt
<b>11 Nordost</b> <u>112 / 113 / 114</u> 112 Wabe-Schunter-Beberbach 113 Hondelage 114 Volkmarode	<b>21 Südost</b> <u>211 / 212 / 213</u> 211 Stöckheim-Leiferde 212 Heidberg-Melverode 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode	<b>31 Westlicher Ring</b> <u>310</u> 310 Westliches Ringgebiet
<b>12 Östlicher Ring</b> <u>120</u> 120 Östliches Ringgebiet	<b>22 Südwest</b> <u>221 / 222 / 223 / 224</u> 221 Weststadt 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien 223 Broitzem 224 Rünigen	<b>32 Nordwest</b> <u>321 / 322 / 323</u> 321 Lehdorf-Watenbüttel 322 Veltenhof-Rühme 323 Wenden-Thune-Harxbüttel
<b>13 Innenstadt / Südlicher Ring</b> <u>131 / 132</u> 131 Innenstadt 132 Viewegsgarten-Bebelhof		<b>33 Nördlicher Ring</b> <u>331 / 332</u> 331 Nordstadt 332 Schunteraue

**8 Gemeindewahlbereiche  
unterteilt in 12 Stadtbezirke**



Kartographie:  
Stadt Braunschweig,  
Referat Stadtentwicklung und Statistik

Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt	Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt	Gemeindewahlbereich - Stadtbezirke <u>neu</u> / alt
<b>11 Nordost</b> <u>112 / 113 / 114</u> 112 Wabe-Schunter-Beberbach 113 Hondelage 114 Volkmarode	<b>21 Südost</b> <u>211 / 212 / 213</u> 211 Stöckheim-Leiferde 212 Heidberg-Melverode 213 Südstadt-Rauthelm-Mascherode	<b>31 Westlicher Ring</b> <u>310</u> 310 Westliches Ringgebiet
<b>12 Östlicher Ring</b> <u>120</u> 120 Östliches Ringgebiet	<b>22 Südwest</b> <u>221 / 222 / 223 / 224</u> 221 Weststadt 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien 223 Broitzern 224 Rüningen	<b>32 Nordwest</b> <u>321 / 322 / 323</u> 321 Lehdorf-Watenbüttel 322 Veltenhof-Rühme 323 Wenden-Thune-Harxbüttel
<b>13 Innenstadt / Südlicher Ring</b> <u>131 / 132</u> 131 Innenstadt 132 Viewegsgarten-Bebelhof		<b>33 Nördlicher Ring</b> <u>331 / 332</u> 331 Nordstadt 332 Schunteraue